

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1921 Nr. 279 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Bezugspreis: Für dieses und auswärts bezogen monatlich M. 7,50, vierteljährlich M. 22,50 mit Porto. Durch die Post bezogen monatlich postal. Belegkarte.
Abend-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mal 10 mm 100-1000 (100-1000) 100-1000. Die Spalte 50 mal 10 mm 100-1000 (100-1000) 100-1000.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5509 und 5510. — Postfachnummer: Leipzig 20512.
Mittwoch, 22. Juni
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kaufh. Nr. 9390. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Ernst von Otto Ullrich, Halle-Saale

Die Vernichtung Deutschlands

Der Zweck der Zollblockade

Gräß. Frankfurt a. M., 22. Juni.
Auf die Gründe der Hartnäckigkeit, mit der Frankreich an der Zollblockade festhält, fällt ein besonders kennzeichnendes Licht durch die gerade jetzt in der französischen Presse immer wieder erhobene Forderung eines rheinischen Zollparlamentes. Der Gedanken- gang, daß Deutschland, das durch den Zollverein entstanden ist, durch den Zoll wieder zerrissen werden muß, ist nicht neu, zumal nachdem der rheinische Republik mit politischen Mitteln nicht zustande kommen wollte, hat der Umweg über das Zollparlament an Beliebtheit gewonnen. So schreibt der „Temps“: Die Einwohner des besetzten Gebietes haben noch genährte, unabhängige, geeignete Vertreter, die sagen können, wie sie ihre wirtschaftlichen Interessen wahren wollen. Darum sollte die internationalisierte Rheinlandkommission im besetzten

Gebiet die Wahl eines lokalen Zollparlamentes organisieren, das die besonderen Interessen des linken Rheinuferes in die Hand nimmt. Durch diese offenherzigen Äußerungen der französischen Presse wird das von Frankreich am Rhein gespielte Spiel auch dem Winden klar. Man verfährt zwar durch Erweiterung der Fronten und durch Lockerung des Genehmigungsverfahrens dem bedrohten rheinischen Wirtschaftsleben gewisse Erleichterungen, hält aber unerklärlicherweise an dem Prinzip der Zollgrenze fest, offenbar deshalb, weil die Aufrechterhaltung der Zollbarriere nicht zuletzt dem Zweck eines rheinischen Zollparlamentes dienen muß. Begehrlicherweise hätte denn auch das Land von Protest- forderungen wieder, als in Köln Verhandlungen zwischen den dortigen Ententevertretern und den rheinischen Spiritusinteressenten stattfanden, die durch die Errichtung des Spiritusmonopols vor der Stilllegung ihrer Betriebe standen. Im Rheinlande hat man offenbar bereits genau erkannt, wozu der Kurs geht.

Küsten Provinzen künftig nicht mehr ausgemieden werden können. Präsident Kauffert teilte dem Völkerbunds- rat mit, daß die Anwendung dieser Verfügung ihm erlauben würde, einige Personen, die ausgewiesen sind, wieder in das Saargebiet zurückzuführen zu lassen. Als letzter Punkt blieb die Frage der Einführung des französischen Geldes bei den öffentlichen Dienststellen des Saargebietes zu beraten. Der Rat des Völkerbundes war der Ansicht, daß diese Entschlei- dung keinen Anlaß zum Eingreifen seinerseits geben könnte. Der Generalsekretär wurde ermächtigt, diese Entschlei- dung der deutschen Regierung mitzuteilen.

Wer trägt die Hauptlast des Ultimatum?

Von Oberstudienrat Dr. E. G.,
Mitglied der preussischen Landesversammlung.
Als Rathenau kurz vor der Annahme des Ultimatum's ausredete, daß durch die phantastischen Erpressungsummen der Entente keine deutsche Arbeitsstelle mit 240 Mark zu- gunsten unserer Feinde belastet würde, daß also diese Leistung von dem Verdienst vorweg abgehen müßte, antwortete die sozialdemokratische Presse mit neuen Steuer- forderungen, die die Besetzten tragen sollten. Die Steuer- pläne Herrn Robert Schmidts sind ein Produkt dieser Ge- danken. Daß diese in wenigen Jahren unter getarntem mobiles Kapital, den gefantasierten Grundbesitz in die Hände des feindlichen Auslandes bringen würden, wäre diesen Wapsteln des Hofes gegen die eigenen Volksgenossen kein entscheidender Gegengrund. Aber was dann? Die Entente will weitere Zugelungen sehen. Und dann kommt doch allein die deutsche Arbeit mit Hand und Kopf an die Reihe.

Oberschlesien vogelfrei!

w. Breslau, 22. Juni.
Die Stadt Ratiboritz hat an den Regierungsprä- sidenten in Oppeln, an das auswärtige Amt in Berlin, an den Reichstag, an den preussischen Land- tag und an den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln einen Dilzeruf gerichtet, worin die herrschenden Zustände gefoltert werden. Zum Schluß heißt es: Mit aller- schwerster Befürchtung sieht die Bevölkerung der nächsten Zukunft entgegen, denn man fürchtet sich unter den scheinbaren Um- hängen, deren Besserung noch nicht abzusehen ist, alle- mein vogelfrei.

Interpellation über Oberschlesien heute noch nicht im Plenum des Reichstages behandelt wird.

Nach Pariser Blättermeldungen soll der Zusammenritt des Obersten Rates voraussichtlich am 10. Juli, und zwar in Boulogne oder einem anderen Küstenort des Vermeerskanals, erfolgen. Neben der Vorbereitung der Ant- wort Griechenlands wird sich der Rat mit der ober-schlesischen Frage befassen.

Diese Gedanken erhalten jetzt eine Bestätigung durch einen der angesehensten Finanzleute unter unseren Feinden, den früheren englischen Schatzsekretär Mac Kenna. Er ist nicht ein beliebiger früherer Minister, sondern der Vor- sitzende eines der führenden englischen Bankinstitute, also ein Mann, der die Wirkungen der Reparationen für die ein- zelnen Länder kennt und ruhig abwägt. Er erkennt, daß der harte Zwang zur Ausfuhr von Waren, mit denen allein Deutschland aus nur annähernd zahlen könnte, die Gefahr einer Verdrängung oder doch Beeinträchtigung der anderen Ausfuhrländer mit sich bringen muß. Er redet, daß Deutschland mindestens für 24 Milliarden Goldmark aus- zuführen müßte, also erheblich mehr, als es in den besten Friedensjahren je auszuführen hat. Um dies aber erreichen zu können, müßten in Deutschland alle Böden äußerst tief gehalten werden, jenseits tiefer als in den Ländern, die die Waren abnehmen sollen. Die Folge einer Erhebung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter läßt Mac Kenna natürlich kalt, ja etwas, was er nicht auspricht, liegt durch- aus in der Richtung des Denkens eines englischen Groß- industrieellen, nämlich, daß ein notwendig werdender Ab- bau oder mindestens Stillstand der sozialen Fürsorgeeinrich- tungen in Deutschland den Engländern ganz angenehm sein würde, weil es lästige Verunreinigungen der eigenen Arbeiter- erziehung. Was Mac Kenna aber mit Sorge erfüllt, ist, daß eine notgedrungen billig arbeitende Glanzenindustrie Deutschlands für England ein sehr gefährlicher Konkurrent auf allen Auslandsmärkten und im eigenen Lande sein würde. Was er als Generalmittel empfiehlt, ist hier von größerem Interesse, nämlich, daß man Deutschland zur Aus- fuhr von Holz, Kohlen, Stahl und Jute anhalten, es also von der Veredelungsindustrie fernhalten solle. Dies würde ja praktisch die Reparationen auf ein Minimum herab- drücken, auch die Konkurrenz gegenüber England nicht aus- schließen, was wir ja an dem Schwacher der Franzosen mit den deutschen Reparationskosten sehen, der für die Engländer schon sehr unangenehm ist.

Entsendung einer Regierungs-Abordnung

Wie wir von parlamentarischer Seite erfahren, begibt sich eine deutsche Delegation nach Oberschlesien. Den Vorsitz führt der Referent für Oberschlesien im Auswärtigen Amt Makahn. Als amtliche Vertreter nehmen ferner teil: Negationsrat Meyer und Aufschütz. Außerdem sind die drei Regierungsparteien durch den Arbeitsschutzminister, den Demokraten Wollmann und den Zentrumskanzler- leiter Gerschel vertreten. Das Reichskabinett hatte sich mit der ober-schlesischen Frage beschäftigt. Innerhalb der Regierung ist man zu dem Entschluß gekommen, auf General Goefer einzutreten, daß er sich vom Amberg zurückzieht. Er soll aber seine Truppen zusammenhalten und in Saders zusammenziehen. Man ist der Meinung, daß man den Selbstschutz nicht auflösen kann, weil seine Mitglieder zum großen Teile aus unbeschäftigten Arbeitern bestehen. Man wollte auch den volksparteilichen Abgeordneten Freiherrn von Rheinbaben veranlassen, sich der Delegation anzuschließen. Wie aus parlamentarischer Kreise mitgeteilt wird, dürfte er aber kaum bereit sein, sich an der Aktion zu beteiligen. Es ist übrigens kein Geheimnis mehr — und es wird von einem Parlamentarier bestätigt, der mit Goefer zu sprechen Gelegenheit hatte —, daß dieser bereit ist, außer den bisher genannten Stellen den ganzen Amberg zu räumen. Man fragt sich also vergebens, was die Regierung und die Koalitionsparteien verlangen hat, eine Delegation mit einem derartigen Auftrag abzusenden. Wie weiter mitgeteilt wird, wollte gestern vormittag Negationsrat Meyer beim ironischen Wortschauer Laurent, um sich mit ihm über das ober-schlesische Problem zu unterhalten.

Auflösung des Wachregiments Berlin?

Wie die „D. Z.“ aus befreundeter Quelle erfährt, hat die Internationalisierte Militärkontrollkommission an dem in Berlin garnisonierenden Wachregiment Antrag ge- nommen und dessen Auflösung im Rahmen der Zurück- führung der Entwaffnungsbedingungen des Ultimatum's gefordert. Sie sieht in ihm eine im Friedensvertrage nicht vorausgesehen und daher nicht erlaubte Formation. Des- halb soll General Kollat die auf den Truppenübungs- plätzen gehaltenen größeren Truppenübungen der Reichswehr beenden und ihre Rück- abwicklung gefordert haben. Dazu teilt die „D. Z.“ mit, daß bisher an Berliner zuständigen Stellen weder ein schriftlicher noch mündlicher Einspruch der Internationalisierten Militärkontrollkommission in oben angegebener Richtung bekannt ist.

Was uns aber sehr interessiert, ist dies, daß der Engländer zu genau dem gleichen Schluß kommt, wie ihn Berg, Helfferich und andere deutschnationale Politiker vor An- nahme des Ultimatum's immer wieder gezogen haben, näm- lich, daß schließlich die große Waffe der Arbeiter mit Kopf und Hand durch harte Beschränkung der Lebenshaltung die Kosten des Ultimatum's wird tragen müssen. Die Massen werden schließlich schon erkennen, wer am 10. Mai die Dinge richtig beurteilt hat, ob diejenigen die durch ein den stolzen früheren Worten aller Parteien ins Gesicht schlagendes Ja für die nächste Zeit Leiden abwenden wollten, oder ein Abknebeln von Generationen aller deutschen, besonders der Industriearbeiter, herbeiführten, oder diejenigen, die folge- richtig bei dem allein der Wirtschaft entprechenden Nein verbarren und dadurch zwar für die nächste Zeit bittere Zeiten erwarten, aber in einem heldenhaften Tadel des ganzen Volkes die Unmöglichkeit des feindlichen Ver- richtungswillens der ganzen Welt barlegen und dadurch dem Wiederaufstehen antreiben wollten.

Völkerbundsentscheidung über das Saargebiet

Der Rat des Völkerbundes hat sich gestern nach- mittag mit der Frage der Verwaltung des Saar- gebiets beschäftigt, und zwar im Besonderen mit dem deut- schen Protest gegen die unter dem Vorwand des geographi- schen Einflusses der Regierungen der Internationalisierten Kom- missionen der Verhandlungen bei. Zunächst wurde die Frage der Anwesenheit französischer Truppen und der Ausübung der Gerichtsbarkeit im Saargebiet be- handelt. Der Völkerbundrat ist der Meinung, daß die Willkür, die die Regierungen der Internationalisierten Kommission be- trachten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung alle möglichen Mittel anzuwenden. Manul betonte, daß bei den Fällen, die in der deutschen Note erwähnt werden, nur ein einziger Ein- greifere des Saargebietes vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Ferner erklärte Kauffert die Maßnahmen, die vom Ober- kommissionären der französischen Truppen getroffen wurden, insbesondere die Ausweisung von Personen bei Gelegenheit des Streiks.

Die Regierungskommission hat jetzt eine Verfügung erlassen, um festzuhalten, daß die Bürger des Saargebietes zu gelten hat. Es heißt darin: Als Bürger des Saargebietes sind zu betrachten:
a) Alle Personen, deren Eltern zur Zeit der Geburt ge- setzmäßige Wohnung im Saargebiet hatten oder deren Eltern selbst im Saargebiet geboren wurden.
b) Alle Personen, die am 11. November 1918 ihren ge- setzmäßigen Wohnsitz im Saargebiet hatten.
c) Alle Personen, die seit wenigstens 3 Jahren ihren Wohnsitz im Saargebiet haben und während dieser Zeit dort Steuern bezahlt haben. Der Zeitraum von 3 Jahren wird auf ein Jahr ermäßigt für die Personen, die öffentliche Ämter bekleiden oder nachweisen, daß sie gezeugt sind, im Saar- gebiet zu wohnen.

Von anderer Seite verlautet, daß der ober-schlesische Arbeiterführer Lohak mit zwei Bergwerksdirektoren in Berlin war. Sie hatten den Auftrag, sich mit der Regierung über die Frage zu unterhalten, ob es möglich sei, für die ober-schlesischen Werke Aufträge zu erhalten, damit die Arbeitslosen, die dem Selbstschutz angeschlossen, wieder Arbeit finden können. Die ober-schlesischen Unternehmer haben vom Reichsminister für Arbeit und Reichsminister für Finanzen bekommen. Was den Auftrag der deutschen Delegation betrifft, soll sie übrigens auch auf die Inter- nationalisierte Kommission einwirken, damit diese die Bahn- linie Gleiwitz-Oppeln freimacht. Denn nur so können die Aufträge ausgeführt werden. Wenn das er- möglicht wird, glaubt man allmählich die arbeitslosen Selbst- schutzmitglieder wieder in Fabriken einstellen zu können. In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, daß die

Der letzten Kategorie kann indessen die Eigenschaft als Bürger auf die Dauer von 2 Jahren entzogen werden, wenn schwe- rende Gründe vorliegen. Es steht ihnen Verfügung innerhalb 10 Tagen beim Obersten Gerichtshof an. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß die als Bürger des Saargebietes er-

Der letzten Kategorie kann indessen die Eigenschaft als Bürger auf die Dauer von 2 Jahren entzogen werden, wenn schwe- rende Gründe vorliegen. Es steht ihnen Verfügung innerhalb 10 Tagen beim Obersten Gerichtshof an. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß die als Bürger des Saargebietes er-

Printed and published by the Proprietor, Ernst von Otto Ullrich, Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. Printed in the Proprietor's Printing Office, Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. No. 279. Price 7.50 M. per month. Subscription price 22.50 M. per quarter. Single copies 1.50 M. Advertising rates: 100 lines for 1000 impressions 1000 M. per line. For longer periods and larger quantities special rates. The Proprietor is not responsible for the contents of advertisements. The Proprietor is not responsible for the contents of advertisements. The Proprietor is not responsible for the contents of advertisements.

Volkswirtschaftlicher Teil

Die Elektro-Großhändler-Vereinigung Deutschlands

berücksichtigte im Rahmen der Elektrischen Woche teils in Offen, teils in Königstein, beauftragte Redaktionen. Die Verhandlungen zeigten das zunehmende Interesse des deutschen Elektro-Großhandels an den Verhandlungen der E. G. V., die durch eng zusammenarbeiten mit den Verbänden der elektrotechnischen Industrie, der Wasserwirtschaft und den zuständigen Regierungsstellen auch im abgelaufenen Geschäftsjahre den Elektro-Großhandel wirksam vertreten hat. Aus dem Aufgabengebiet ist die tätige Mitwirkung der von der E. G. V. in den Kommissionen und dem Hauptamt des Verbandes Deutscher Elektrotechniker entsandten Delegierten hervorzuheben. Es sei ferner auf die Mitarbeit in den Ausschüssen der außereuropäischen Außenhandelsstellen hingewiesen. Die im Elektro-Großhandel in den letzten Jahren unüblich fortgerückten Firmen gesellschaftlichen Geschäftsbereichen wurden seitens der E. G. V. teils mit Hilfe des Verbandes gegen unläuterer Wettbewerber, teils durch ein Zusammengehen mit den Industrieverbänden bekämpft. Insbesondere wurden die Bedürfnisse betriebl. Firmen, die in den Tages- und Nachtgeschäften zur Verfügung breiter Abnehmerkreise erschaffen, wirksam verfolgt. Aus dem auf der Generalversammlung erarbeiteten Geschäftsbericht ist noch hervorzuheben, daß die organisatorische Ausgestaltung der E. G. V. durch die Durchführung neuer Bezirks- und Ortsgruppen weite Fortschritte gemacht hat wie auch der Mitgliederbestand sich um 40 Prozent der bisherigen Mitgliederzahl erhöhen konnte. Neben der Aufstellung neuer Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, die den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind, sind Geschäftsverträge von Bedeutung getroffen worden, die den Großhandelsbetriebl. Tendenzen gewisser Lieferantengruppen entgegenwirken sollen.

Der Vorstand der Vereinigung legt die berechnete Ernteausgang, daß die Elektro-Großhändler-Vereinigung Deutschlands den regen Wunsch der Elektro-Großhändlerfirmen in allen Teilen Deutschlands in der Lage sein wird, im kommenden Geschäftsjahre ihren Aufgabenkreis zu erweitern und das von ihr aufgestellte Arbeitsprogramm zur Durchführung zu bringen.

Mittags-Börsendienst der „H. Z.“

(Eigene Drahtmeldungen)

Berlin, den 22. Juni 1920.

Börsenbericht.

Die Börse zeigte sich lebhaft an Realitäten der geringeren Umfänge. Die Kurse waren demgegenüber nicht abwärtsgerichtet. Nur Spekulationswerte wurden durch heftige Interzessionsfälle um 17 Proz. auf 730 sinkend. Anglo-Continental-Quano verlor auf größere Realisierungen 17 Proz. Devisen sanken, besonders Goldmark, London und New-York.

Vorkurse der Berliner Börse

	22. 6.	21. 6.	22. 6.	21. 6.	
Ph. Dt. Reichsbank	77.00	77.00	Albert Fasch	89.00	89.00
Berl. Handelsges.	—	210.00	Th. Goldschmidt	89.00	—
Comm-Frivill.	—	211.00	Holstent. Fabrik	—	—
Darmst. Bank	178.96	180.00	Allg. Elekt.-Ges.	60.00	—
Deutsche Bank	89.00	90.00	Bergmann, Markt.	89.00	—
Disconto-Ges.	227.00	227.00	Sachsenbank	22.00	—
Dresdner Bank	227.00	227.00	Schubert	247.80	—
Hamburg. Bank	210.00	—	Siemens & Halske	22.00	—
Hansa	178.76	—	Telef. Kette	22.00	—
Nordf. Lloyd	180.00	—	Adlerwerke	—	—
Reichsbank	—	—	Augsb.-Nürnberg, M.	405.00	400.00
Reichsbank	—	—	Börsen-Zentral	128.00	128.75
Diach.-Luxemburg	89.00	—	Diach. Walf. u. M.	588.00	588.00
Gen.-Kont. Bgw.	89.00	—	Dynamit-Nob.	22.00	—
Harpener	89.00	—	Elekt. Kette	844.75	848.00
Leipzig	89.00	—	Köln-Rottweiler	—	—
Magdeburg	89.00	—	Mannesmann	689.00	—
Pharm.	728.00	711.00	Einheitsakt.	85.00	—
Reichsbank	484.00	487.00	Deutsche Kali	315.00	—
A. A. Alling.	—	—	—	—	—
Bechthold	640.00	—	Ostasi. Minen	465.00	467.00

Devisen-Kurse

	22. 6. 21	21. 6. 21
Mitteltkurse	237.50	237.65
Amsterdam	237.50	237.65
Brüssel	237.50	237.65
Christiansand	107.00	107.00
Kopenhagen	1307.50	1307.50
Stockholm	1657.50	1657.40
London	70.00	69.50
Paris	169.00	168.50
Schweiz	1187.50	1187.50

schien 57 Prozent als gut, 85 Prozent als mittel und 8 Prozent als schlecht. 51 Prozent der Berichtsteller meinten, daß die Niederlage genügend war, gegen 41 Prozent vor einem Monat, aber gegen 74 vor einem Jahr.

Handel, Industrie, Handwerk

Ueber die Lage des Eisen- und Stahlhandels (Eisen- und Stahlhandels) berichtet man der Leipziger Wochenpresse für Textilindustrie: Im Baumwollmarktgeschäft herrscht in den letzten Wochen eine sehr regere Nachfrage. Hoffentlich, worin man bis vor kurzer Zeit noch größere Ware kaufen konnte, kann heute von dem meisten Webereien erst für August/September in Auftrag genommen werden. Großer Interesse zeigt man auch für Eisenwaren, besonders für Eisenbleche, die in großer Menge in den letzten Wochen in den Fabriken bestellt wurden. Allerdings hat man hier bei den Bestellungen, besonders bei den Blechen, die in großer Menge bestellt wurden, die in großer Menge bestellt wurden, die in großer Menge bestellt wurden. Die in großer Menge bestellt wurden, die in großer Menge bestellt wurden, die in großer Menge bestellt wurden.

Zur Lage im Eisen- und Stahlhandels (Eisen- und Stahlhandels) berichtet man der Leipziger Wochenpresse für Textilindustrie: Im Baumwollmarktgeschäft herrscht in den letzten Wochen eine sehr regere Nachfrage. Hoffentlich, worin man bis vor kurzer Zeit noch größere Ware kaufen konnte, kann heute von dem meisten Webereien erst für August/September in Auftrag genommen werden. Großer Interesse zeigt man auch für Eisenwaren, besonders für Eisenbleche, die in großer Menge in den letzten Wochen in den Fabriken bestellt wurden. Allerdings hat man hier bei den Bestellungen, besonders bei den Blechen, die in großer Menge bestellt wurden, die in großer Menge bestellt wurden, die in großer Menge bestellt wurden.

Wetterbericht

Wetterberichterstattung des amtlichen Wetterdienstes für den 22. Juni 1920. Zunächst noch trocken, später Aufklärung, etwas wärmer, ruhiger.

Aktiengesellschaften

Generalversammlung der Firma „H. Z.“ in Königstein. Die Generalversammlung der Firma „H. Z.“ in Königstein wurde am 22. Juni 1920 abgehalten. Die Generalversammlung wurde von dem Vorstand der Firma „H. Z.“ in Königstein geleitet. Die Generalversammlung wurde von dem Vorstand der Firma „H. Z.“ in Königstein geleitet. Die Generalversammlung wurde von dem Vorstand der Firma „H. Z.“ in Königstein geleitet.

Landwirtschaftliches

Deutscher Landwirtschaftlicher Verein. Der Deutsche Landwirtschaftliche Verein hat am 22. Juni 1920 in Königstein seine Generalversammlung abgehalten. Die Generalversammlung wurde von dem Vorstand des Vereins geleitet. Die Generalversammlung wurde von dem Vorstand des Vereins geleitet. Die Generalversammlung wurde von dem Vorstand des Vereins geleitet.

berühmte Verwaltungsbeamte. Sehr kommunikativer Charakter mit dementsprechend leitenden Stellen aus. Gerade der Aufstieg in diese Berufe ist ein Zeichen für einen Erfolg veranlaßt. Die Männer des Selbstbewußtseins in Oberösterreich verdienen Dank und Anerkennung.

Die französische Oberschlesien-Note

Die französische Regierung hat am 18. Juni den Reichstag eine Resolution der deutschen Regierung wegen der Ereignisse in Oberschlesien überreicht. Diese Resolution gibt eine Darstellung, gegen die ein Einspruch zu erheben verpflichtet ist. Die französische Regierung bekämpft insbesondere die Ausstellungen, deren sie im schlesischen Industriegebiet seit langem gewohnt ist. Sie hat die von der Regierung erlassenen Maßnahmen gegen das Vieh, das sie von der Regierung erlassen, nicht als unzureichend angesehen. Die internationale Kommission hat unzureichend die geübten Anordnungen gemacht, um die Abgrenzung der Vieh- und Eigentum zu gewährleisten, und ihre Bemühungen sind sehr oft von Erfolg gekrönt worden. Die offiziellen Regierungen haben Schritte unternommen, um die Abgrenzung der Vieh- und Eigentum zu gewährleisten, und ihre Bemühungen sind sehr oft von Erfolg gekrönt worden. Die offiziellen Regierungen haben Schritte unternommen, um die Abgrenzung der Vieh- und Eigentum zu gewährleisten, und ihre Bemühungen sind sehr oft von Erfolg gekrönt worden.

Die Entschädigung der deutschen Exporteure

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates hat am 22. Juni 1920 in Berlin seine Sitzung mit der Entscheidung der deutschen Exporteure für die von den feindlichen Ländern erhobenen Ausfuhrabgaben. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem gefordert wird, daß grundsätzlich das Reich die volle Summe der Entschädigung der Exporteure übernehmen soll. Dabei sind folgende Möglichkeiten zu unter-

Das neue österreichische Kabinett

Die von der Nationalversammlung genehmigte Ministerliste führt als Aussenminister für Österreich den Baron von Buriak an. Die Nationalversammlung hat am 22. Juni 1920 in Wien ein neues Kabinett genehmigt. Die Nationalversammlung hat am 22. Juni 1920 in Wien ein neues Kabinett genehmigt. Die Nationalversammlung hat am 22. Juni 1920 in Wien ein neues Kabinett genehmigt.

Theater, Konzerte, Vorträge

— Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr gelangt ... Oper 'Der Troubadour' zur Aufführung. Donnerstags ...

— Werthwürdige Insektenformen aus Indien, die durch vollkommene Anpassung an ihre Umgebung ...

— Die Wasserkräfte des Biberzuges aus deutschnationalen ...

— Besichtigung Garten. Für die morgigen Donnerstag nachmittags ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

Verbands-Nachrichten

— Der Landwirthschaftliche Bauernverein des Saalkreises ...

— Mittelbürger Abend in der Aula der Oberrealschule ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

Provinz Sachsen

Thüringer Trachten- und Heimatfest

Die Silhouetten der Wartburg, von Dom und Severt ...

Den Auftakt bildet ein Thüringer Seimaisfestabend ...

— Gläsern. 22. Juni. In der Festsäle der ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

Wem nicht unterliegen könne, da sich diese Wahn nicht ...

Städtisch. 21. Juni. (Arbeiterentlassung) Auf dem ...

Sportberichte

Reit- und Fahrturnier auf der D. L. G.-Ausstellung in Leipzig

Am Morgen des Reit- und Fahrturnierbewerbes ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

Halbturner Häuser

Ein Abstimmungsbeitrag von Fritz Müller-Partenkirchen.

Auffassung und die Halbturner Häuser, die meist ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...

— Zusammenkunft. Western Nachmittag 4 Uhr in der unteren ...



Die Getreidewirtschaft

Zu den Verhandlungen im Reichstage am 16. Juni 1921, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Der § 4 regelt das Umlagerverfahren durch die Kommunalverbände. Zur Entscheidung über Beschwerden sind Ausschüsse zu bilden, in denen Erzeuger und Verbraucher vertreten sind. Ein Antrag (Zitat) und Gesellen verlangen, daß die Erzeuger in den Ausschüssen nach den Vorschlägen der Landwirtschaftskammern und der freien landwirtschaftlichen Berufsvertretungen angemessene Vertretung finden.

Der § 4 der Regierungsvorlage regelt die Art und Weise der Verteilung des Umlagergeldes, und zwar haben nach der Verteilung der Landesverbände die Kommunalverbände das Umlagergeld auf die Gemeinden umzulagen. Die Gemeinden auf die Umlage, bei der Befristung des Bierzollgeldes werden berücksichtigt die Zahl der Selbstverbraucher, die Zahl der Deputate und die Größenverhältnisse der Betriebe. Die Entscheidung über Beschwerden, betreffend die Höhe des Umlagergeldes soll durch Ausschüsse erfolgt werden. In den Ausschüssen sind die Erzeuger und Verbraucher vertreten; ihre Entscheidungen sollen endgültig sein. Diese Regierungsvorlage ist durch den Beschluß des Ausschusses wesentlich verbessert worden; die in dem Ausschusse beschlossenen Verbesserungen beziehen sich vor allem auf das Material. Es soll befristet nicht die Umlagerung, sondern die Verteilung des Umlagergeldes geregelt werden. Auch die Größe der Umlage soll abgemindert werden nach den Größenklassen der einzelnen Getreidebauhöfen. Eine weitere wesentliche Verbesserung liegt fernes noch darin, daß Getreidebauhöfen unter 1 Hektar frei sein sollen. An dem Beschluß des Ausschusses sind ebenfalls die Entscheidung von Ausschüssen über die Entgegennahme von Beschwerden vorgesehen. Es wird aber ausdrücklich betont, daß die Ausschüsse von Kommunal- und Gemeindevertretern errichtet werden. Es ist weiterhin vorgesehen, daß in den Ausschüssen die Erzeuger nach dem Betriebszweck vertreten sein sollen; das würde eine gewisse Vereinfachung bedeuten.

Wir haben nun speziell zur Veränderung der Zusammenlegung der Ausschüsse einen Antrag eingebracht, in welchem wir verlangen, daß die Ausschüsse bezüglich der Erzeuger nach den Vorschlägen der amtlichen und der freien Berufsorganisationen errichtet werden sollen. Wir verlangen damit eine wesentliche Vereinfachung der Zusammenlegung der Ausschüsse und eine Gewährung der wirklichen Sachverständigen in den Ausschüssen einzutreten. (Sehr richtig!) bei den Deutschnationalen. (Lachen links). Wenn die Ausschüsse nur von den Kommunal- und Gemeindevertretungen errichtet werden können, so besteht die große Gefahr, daß nicht genügend Sachverständigen benachteiligt sind. Bei der politischen Aufteilung der Kommunalverbände und der Gemeindevertretungen besteht die große Gefahr, daß nicht die Sachverständigen, sondern die Gemeinnützigkeit maßgebend ist. (Lachen bei den Vereinigten Kommunisten: Das war bei Ihnen nicht der Fall!) Das diese Behauptungen ohne weiteres bestritten sind, heißt man eine Hummer von Beispielen anführen, die sich aus der Praxis der öffentlichen Bewirtschaftung ergeben haben. Wir haben es ja bisher schon gehabt, daß Kommunalverbände und Gemeindevertretungen Ausschüsse einrichteten; die Folge war, daß vielfach Leute hineinkamen, die keinen Schimmer von der Landwirtschaft hatten, und daß Anträge abgelehnt wurden, die vielfach direkt ablehnend waren und für die unsere Landwirtschaft nur ein mittelbares Hindernis und ein Stoffhülfe hatte. Die weitere Folge war, daß der Erfolg der Anordnungen ausbleiben war, und die weitere Folge war, daß dieses System nur zur Schädigung der Allgemeinheit geführt hat. Diese Gefahren bereits beklagen wir, daß wirkliche Sachverständige in die Ausschüsse hineinkommen, und die Garantie dafür, daß wirkliche Sachverständige berufen werden, haben wir nur, wenn die amtlichen und die freien Berufs-

vertretungen das Recht bekommen, Vorschläge für die Ernennung dieser Ausschussmitglieder herauszugeben zu lassen. Als amtliche Berufsorganisationen kommen in Frage die Landwirtschaftskammern, als freie Berufsorganisationen die Landverbände, die Bauernvereine usw. Das würde bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern, daß es seiner Bedeute einfallen dürfte, Arbeiterfragen ohne Anbindung der Berufsvertretungen der Arbeiterschaft zu entscheiden, ohne Anbindung der Gewerkschaften. Von unserer Landwirtschaft aber verlangt man, daß sie Anordnungen über sich ergehen läßt, die ohne jede Billigungnahme mit den landwirtschaftlichen Organisationen getroffen werden. Wir haben es ja während der Zeit der öffentlichen Bewirtschaftung erlebt, daß man immer nur dann an die landwirtschaftlichen Organisationen gedacht hat, wenn die Not groß war, und dann, wenn infolge der unbilligen Maßnahmen und Anordnungen die Staatsautorität zu sinken begann. Dann hat man die landwirtschaftlichen Organisationen zusammengeholt, dann hat man sie gebeten, mitzufahren durch Vorträge und durch Aufklärung, um so die Staatsautorität wieder zum Vorschein zu bringen. (Sehr richtig!) bei den Deutschnationalen.)

Wir hatten diesen Antrag bereits im Ausschusse eingebracht, wenigstens in ähnlicher Form; er ist aber damals im Ausschusse nicht möglich wurde. Diesen Vorschlägen, die man gegen unsern Antrag eingebracht hat, schicken wir uns nicht an. Sie sind für uns nicht löslich. Unsere Landwirtschaftskammern sind ausgebaut auf den landwirtschaftlichen Vereinen, die wir in den verschiedenen Gemeinden der einzelnen Kreise antreffen. Unsere freien Berufsorganisationen, die Landverbände, die Bauernvereine, sind ausgeht auf den Ortsgruppen, die sich wiederum auf in sämtlichen Gemeinden der Kreise befinden. Sowohl die landwirtschaftlichen Vereine, als auch die einzelnen Ortsgruppen der freien Organisationen sind immerhalb der Kreise weiter zu Berufsorganisationen zusammengefaßt. Es ist also unserer Meinung nach ohne weiteres Gedächtnis dafür gegeben, daß für den Kommunalverband die Berufsorganisationen der Landwirtschaftskammern sind. Die Berufsorganisationen der freien Berufsorganisationen zur Verfügung stellen und für die Gemeinden die Ortsorganisationen. (Sehr richtig!) bei den Deutschnationalen.) Aus allen diesen Gründen heraus, meine Damen und Herren, haben wir diesen Antrag eingebracht, und wir möchten Sie bitten, diesem unsern Antrag zuzustimmen. Unser Antrag liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern er liegt auch im Interesse der Verbraucher. (Sehr richtig!) bei den Deutschnationalen.) Denn in dem Moment, wo unsere Landwirte leben, daß in den Ausschüssen wirkliche Sachverständige sind, gehen die Anordnungen mit einer ganz anderen Autorität hinaus, als wenn unsere Landwirte das Gefühl haben müßten: es haben da wieder mal Leute mitgewirkt, die von der Sache nichts verstehen. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Infolgedessen glauben wir, daß unser Antrag auch zum Nutzen der Allgemeinheit dienen wird. Ich möchte bei jeder Gelegenheit erwähnen, daß eben eine Entschließung durch einmütigen ist, die ja auch dem Sinne nach sich mit unserem Antrag deckt. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Der Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine

Hiermit anlässlich der Ausstellung der D. L. G. vom 18.-18. Juni seine Tagung in Leipzig ab. Nach dem Geschichtsbuch hat der Verband, der als Berufsorganisation alle landwirtschaftlichen Hausfrauen umfassen soll, sich erstreckt entwickelt. Nach der Vorbereitungs- und Annahme neuer Satzungen wurde u. a. der im Februar erfolgte Antritt an den Reichsverband begonnen, durch den die Frauen eigentümlich sind in die große Interessengemeinschaft der deutschen Landwirtschaft. In den Vereinen arbeiten Frauen aller Stände miteinander. Es besteht ein Kartell mit dem Verband deutscher Hausfrauenvereine, der Berufsorganisation der holländischen Hausfrauen. Die Richtlinien

für das Zusammenarbeiten im Kartell der Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen in Stadt und Land wurden genehmigt.

Von der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Hausfrauen legte die Ausstellung Zeugnis ab, daß bei einer Verkaufsstelle, Spinat, Erbsen, Kirschen, Pflaumen, deren Aufzucht durchgeführt wurde, und alle Arten des Gemüsebaues betrieben waren. Eine Karte zeigte Ausstattung der Vereine und den beträchtlichen Umfang ihrer Verkaufsstellen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die fast beständige öffentliche Versammlung, in der die Vorsitzende, Frau Elisabeth Wöhrn, die Anwesenheit und Ziele der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine besprochen, von denen sie die ersten 1888 (erst gegründet hat. Aus kleinen Anfängen hat sich die Bewegung über fast ganz Deutschland verbreitet und ihren Zusammenschluß im Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine gefunden.

Die Beschäftigten des Reichsverbandes, Frau Elisabeth Wöhrn, sprach in der Mittagsversammlung kurz über die Erfüllung der landwirtschaftlichen Hausfrau in der kommenden Berufsarbeit. Eine Resolution über die Anerkennung der Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit und eine Sonderabteilung der landwirtschaftlichen Hausfrauen ihrer Produkteneigenheiten wegen wurde angenommen.

Wie die erkrankte Frau Hofmeister, die Vorsitzende der Reichsverbandes deutscher Hausfrauenvereine, Gräfin Margarete Schulz, in der öffentlichen Versammlung zum Wohlfühl ausländischer Frauen aus mit der ersten Wohnung: "Haus deutsche Waren!" Eine Entscheidung, Waren aus den Reichsverbänden abzugeben, bewies der Wertschätzung, den die Rede bei allen Hören fand.

In der Versammlung sah man u. a. Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums und anderer Ministerien, Staatsminister a. D. von Erdmann-Dierke als Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsvereins, Unterstaatssekretär Oberle u. Braun, den Vorsitzenden des Reichsverbandes, Vertreter verschiedener Landwirtschaftskammern, der D. L. G., des Reichsverbandes und seiner Provinzial- und Landesverbände, des Reichsverbandes deutscher Hausfrauenvereine, der Zentrale der Landverbände, des Bundes deutscher Frauenvereine.

Die Karte Teilnahme an der Versammlung zeigte, daß die Tätigkeit der D. L. G. von allen Seiten genützt wird.

Auf der Tagung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine in Leipzig wurden im Anschluß an die Vorträge von Frau Wöhrn, Gräfin Schulz, des geschäftsführenden Vorstandsvorsitzenden des Reichsverbandes der D. L. G., Frau Schulz, Geschäftsführerin des Reichsverbandes deutscher Hausfrauenvereine, folgende Entschlüsse gefaßt:

Die im Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine zusammengefaßten landwirtschaftlichen Hausfrauen betrachten es als selbstverständlich, daß in der kommenden Berufsarbeit die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit anerkannt wird. Die Möglichkeit auf die Sonderabteilung der landwirtschaftlichen Hausfrauen als Produktentität ist bei der Stellung der Hausfrauen ein Interesse zwischen holländischen und landwirtschaftlichen Hausfrauen zu machen und dies in den amtlichen Fragebogen zum Ausdruck zu bringen.

Anlässlich der Tagung der Berufsorganisationen der landwirtschaftlichen Hausfrauen dem Reichsverband der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, in Leipzig vermittelten landwirtschaftlichen Hausfrauen aus allen Teilen Deutschlands begehlichen einmütigen, keine aus den Reichsverbänden kommenden Waren zu kaufen. Sie halten den Ausschluß dieser Waren vom heimischen Markt für notwendige Mittel zur Weiterentwicklung der Industrie im verarmten Deutschland. Die landwirtschaftlichen Hausfrauen werden mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Erkenntnis dieser Pflicht in allen Kreisen der Bevölkerung erweckt und verbreitet wird. Das ganze deutsche Volk, jeder einzelne muß selbstverständlich hierzu mitarbeiten, so der Regierung die Ermöglichung des Verkaufes von Waren in Artikel 264 die Hände gebunden sind."

Verantwortlich: Ernst Messerschmidt

Reparaturen an landwirtschaftlichen Maschinen, Bindern, Dreschmaschinen, Lokomobilen, Drillmaschinen, Kraftpflügen usw. Kuno Fischer, Maschinen-Werkz. u. L. Fernruf Nr. 97.

Gebrauchte Personen- und Lastkraftwagen erstklassiger Fabrikate, in fahrfertigem Zustand, in voller Ausrüstung, mit Garantie wie für fabrikmäßig hergestellte Fahrzeuge zu erstaunlich billigen Preisen in grosser Auswahl.

Automobil Klein, MULLER-VERBODENDEIT 157, 1200000, 60 70

Größ. Gärtnerei Mitteldeutschlands sucht ein Darlehen von 100 000,- Mark (eventuell auch mehr) zur Vergrößerung (Bauen usw.). Das Schuldigen Darlehen wird auf 5 Jahre gemindert, damit mit monatlicher Räumung und wird mit 20% verzinst. Gebraucht, welche sofort ausgeben können und bis sofort ausbezahlt werden, mögen sich melden mit ausführlichen Angaben unter Z. 5219 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ich gebe hiermit bekannt, daß Herr Lattanz Assendorf, seit langen Jahren nicht mehr Wollie für mich kauft. Alle Angebote erbitte direkt an F. H. Schroth, Wurzen i. Sa. Fernsprecher Nr. 18. Telear-Adr. Wollwäscherei

Locos-Ernte-Seile mit Schlaufe ca. 150 cm lang, mehrere Jahre verwendbar, Echot 9/16, ohne Schlinge, ca. 1700 Stück, hiermit ausbezahlt werden, mögen sich melden mit ausführlichen Angaben unter Z. 5219 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Beste Gelegenheit zur Komplettierung und Modernisierung Ihres Betriebes! Maschinen aus Stahlbetrieb, daher äußerst preiswertes Angebot an Werkzeugmaschinen: Drehbänke aller Art, horizontale Wälz- und Schaber-Fräsmaschinen, Reibschleifmaschinen, Gehrmaschinen, Gehrstände, Drehständer für Gewichtsmaschinen 180 Z. von Werkstätten für Holz, Eisen, Nadeln u. a. 40 Z. Fabrik, elektrische Hand- und Umformungen, 40 Tonnen Stahlhölzer. - Verlangen Sie Preisliste. - Weg. Anfragen an Oberingenieur Martin, Rübberg, Industriestraße 62, Tel. 9010.

